

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Rüstungsexporte in Staaten des Nahen Ostens einstellen – Militärische Zusammenarbeit beenden – Atomwaffenfreie Zone befördern

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Anhäufung von Waffen und die ständige Modernisierung von Waffensystemen in der Konfliktregion Naher Osten hat nicht zu mehr Sicherheit geführt. Im Gegenteil: Die politische Situation im Nahen Osten ist und bleibt explosiv. Waffenlieferungen erhöhen die Gefahr von Kriegen und Gewalt. Deutschland ist an Waffenlieferungen in diese Region beteiligt. Diese Rüstungskoooperation mit Staaten der Nahostregion trägt zu einer permanenten Bedrohungslage bei. Deutsche Rüstungslieferungen machen es zugleich schwerer, andere Staaten für ihre Waffengeschäfte glaubwürdig zu kritisieren.
2. Deutsche Waffenlieferungen haben die politische Vermittlungsfähigkeit und die Möglichkeiten Deutschlands, einen Beitrag zur Vermeidung gewaltsamer Konflikte zu leisten nicht erhöht, sondern eingeschränkt. Der Export und die Vergabe von Lizenzen zum Bau von Rüstungsgütern führen dazu, dass sich deutsche Waffen oftmals auf beiden Seiten von Konflikten wiederfinden.

So waren z. B. im Sommer 2006 im zweiten Libanonkrieg die Zielerfassung israelischer Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber „Made in Germany“. Die am Boden eingesetzten Merkava-Kampfpanzer sind mit zahlreichen Komponenten aus Deutschland bestückt. Gleichzeitig besaß die Hisbollah in Lizenz produzierte G3-Gewehre sowie Panzerabwehrraketen der französisch-deutschen Gemeinschaftsentwicklung Milan. Mit diesen Panzerabwehrraketen war es möglich, die Merkava-Panzer zu bekämpfen.

3. Die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000 sehen vor, dass „die Lieferungen von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern“ nicht genehmigt wird in Länder, „die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht.“

Im Nahen Osten fanden 2006 der zweite Libanonkrieg und zur Jahreswende 2008/2009 der Gaza-Krieg statt. Das waren „bewaffnete Auseinandersetzungen“ im Sinne der politischen Grundsätze der Bundesregierung. Ein Export von Rüstungsgütern in die Region hätte damit ausgeschlossen werden müssen, fand aber statt.

4. Deutschland hat nicht nur Waffen an Staaten im Nahen Osten geliefert, sondern auch Waffensysteme in Israel für die Bundeswehr beschafft. Insbesondere der Ankauf von Drohnen in Israel und die erstmalige Ausbildung deutscher Piloten zur Steuerung der Drohnen durch die israelische Armee können zu einer neuen Qualität der Rüstungskooperation zwischen Israel und Deutschland führen. Die von Israel an Deutschland gelieferten Drohnen werden von der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt. Die Rüstungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel wird von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen und Angehörigen der Friedensbewegung sowie von allen regionalen Nachbarn Israels kritisiert.

Gleichzeitig ermöglicht es die Bundesregierung, dass die Schiffbaugruppe Abu Dhabi Mar aus den Vereinigten Arabischen Emiraten Mehrheitsanteile der Hamburger Werft Blohm + Voss übernimmt und somit Zugang zu deutscher Marinetechnologie erhält. Darüber hinaus übernahm der Staatsfonds IPIC der Vereinigten Arabischen Emirate die Ferrostaal AG von MAN, welche unter anderem Spezialmaschinen zum Bau von Waffen und Munition herstellt.

5. Deutschland liefert mit U-Booten der Dolphin-Klasse ein Waffensystem an Israel, von dem möglicherweise auch nuklear bestückte Marschflugkörper abgeschossen werden können. Die israelische Marine beabsichtigt, zwei moderne Korvetten, die mit Raketenabwehrsystemen bestückt werden können, in Deutschland zu beschaffen. Solche Waffensysteme sind geeignet, militärische Kräfteverhältnisse tiefgehend zu verändern.
6. Die Chancen für eine friedliche Zukunft im Nahen Osten hängen maßgeblich davon ab, dass alle Staaten der Region die bestehenden internationalen Verträge zum Verbot von Massenvernichtungswaffen unterzeichnen und damit eine notwendige Grundlage für tragfähige, vertrauensbildende Maßnahmen schaffen. Aus diesem Grund ist die Entscheidung auf der diesjährigen Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (NPT) zur Unterstützung für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten zu begrüßen. Die Vorgabe, bis zum Jahr 2012 eine Konferenz mit allen Staaten der Region abzuhalten, bedarf der konsequenten Unterstützung der NPT-Unterzeichnerstaaten. Dies erfordert eine deutliche Neuausrichtung der deutschen Politik. Bislang wurde es hingenommen, dass Israel nicht dem Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen beigetreten ist. Ägypten, Israel, Syrien und Katar weigern sich bisher, die Biowaffenkonvention zu ratifizieren. Die Konvention über die Chemiewaffen wurde von Ägypten, Israel und Syrien ebenfalls noch nicht ratifiziert. Das umfassende Testverbot von Nuklearwaffen wurde von Ägypten, Jemen, Iran, Irak, Israel, Saudi-Arabien und Syrien nicht ratifiziert.

Die Unterzeichnung und Ratifizierung des NPT-Vertrags, der Konventionen zu biologischen und chemischen Waffen sowie das umfassende Testverbot von Nuklearwaffen wären wichtige Schritte zu einer Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. umgehend den Export von Kriegswaffen oder kriegswaffenähnlichen Rüstungsgütern in alle Länder des Nahen Ostens zu stoppen bzw. keine weiteren Exporte zu genehmigen. Das betrifft ebenso Güter mit so genanntem Doppelten Charakter (Dual Use), die für militärische Zwecke geeignet sind bzw. deren Besitz für Waffenproduzenten von ausschlaggebender Bedeutung ist. Auch Lizenzen zur Produktion von Kriegswaffen oder Rüstungsgütern dürfen nicht mehr für Länder des Nahen Ostens genehmigt werden,
2. die Einberufung einer Konferenz zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten, wie sie von der UNO für 2012 geplant ist, aktiv zu unterstützen,
3. Waffeneinkäufe in Israel sowie die Ausbildungskooperation zwischen der Bundeswehr und der israelischen Armee einzustellen,
4. in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Überprüfungskonferenz des NPT-Vertrags 2010 Israel aufzufordern, dem Nichtweiterverbreitungsvertrag beizutreten und seine Nuklearanlagen der Kontrolle von Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde zu öffnen und den Iran aufzufordern, sich verstärkt für vertrauensbildende Maßnahmen zur Kontrolle des iranischen Nuklearprogramms zu öffnen,
5. dafür einzutreten, dass Ägypten, Israel, Syrien und Katar die Biowaffenkonvention ratifizieren,
6. dafür einzutreten, dass Ägypten, Israel und Syrien die Chemiewaffenkonvention ratifizieren,
7. dafür einzutreten, dass Ägypten, Israel, Jemen, Iran, Irak und Saudi-Arabien das umfassende Testverbot von Nuklearwaffen ratifizieren,
8. an Staatsbesuchen im Nahen Osten künftig keine Vertreter von deutschen Rüstungsunternehmen zu beteiligen und selbst nicht mehr anbahnend für Rüstungsgeschäfte tätig zu werden.

Berlin, den 7. Juli 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

